

Protokoll

47. Bundesmitgliederversammlung

Campusgrün-Bundesverband

12. Mai 2023 bis 14. Mai 2023 in Kiel

Geschrieben von: Jonas Michalczyk, Soenke Janssen, Patricia Rickert, Johanna Weidmann,
Marie Schwarz, Janes Schröder

Bei dem vorliegenden Protokoll handelt es sich nicht um ein Wortprotokoll.

Freitag, den 12. Mai 2023

16 Uhr Eröffnung der Bundesmitgliederversammlung

Protokollant: Jonas Michalczyk ab 16.54 Uhr

TOP 1 Begrüßung

Patricia Rickert hält eine Eröffnungsrede, die sich thematisch an dem Thema Klimagerechtigkeit orientiert. Sie verweist auf die Möglichkeit der Vernetzung, auf die inhaltlichen Anträge und den Strukturprozess.

Patricia dankt den Menschen aus Kiel. Laura von Campusgrün Kiel begrüßt die Menschen, redet inhaltlich über die Aufgaben, die Campusgrün in Kiel geschafft hat und warum es wichtig ist, Klima immer mitzudenken. Laura bedankt sich bei allen für ihr Engagement.

TOP 2 Formalia

2.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Patricia klärt die Beschlussfähigkeit: Dafür müssen mindestens ein Zehntel der Mitgliedsgruppen dabei sein und die Ladungsfrist muss gemäß der Satzung eingehalten werden. Dies ist geschehen und somit ist die 47. Bundesmitgliederversammlung beschlussfähig

Marie erklärt ein kleines Warm-Up.

2.2 Wahl des Präsidiums

Patricia Rickert stellt die Kandidierenden vor und schlägt eine Abstimmung en-bloc vor.

Juri Biswas

Tobias Zorn

Clara Lindner

Helena Schnettler

Abstimmung: Ja: 10; Nein: 0; Enthaltung: 2

Damit ist das Präsidium gewählt.

Juri und Helena stellen sich vor. Sie studieren beide Jura. Sie erläutern nun noch weitere Formalia und den weiteren Ablauf.

Es werden weich quotierte Redelisten geführt. Es gibt offene- und FINTA*-Redekarten. Anträge an die Geschäftsordnung erfolgen durch zwei erhobene Hände. Das Awareness-Konzept sowie das Awareness-Team werden vorgestellt.

Die Abstimmung wird von Helena erläutert. Es gibt verschiedene Boxen bei Aussprachen, Zettel können in die offene oder in die FINTA* Box eingeworfen werden, wenn ein Redebeitrag beigesteuert werden möchte.

2.3 Wahl der Protokollant*innen

Patricia Rickert schlägt folgende Menschen für das Protokoll vor. Die Personen werden en-bloc abgestimmt.

Janes Schröder,
Marie Schwarz,
Valerie Reichardt,
Soenke Janssen,
Johanna Weidmann,
Patricia Rickert

Abstimmung: Ja: 12; Nein: 0; Enthaltungen 0

Damit sind die Protokollant*innen gewählt.

2.4 Beschluss der TO

1. Begrüßung

2. Formalia

2.1. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

2.2. Wahl des Präsidiums

2.3. Wahl der Protokollant*innen

2.4. Beschluss der Tagesordnung

2.6. Bestätigung des Protokolls der 46. Bundesmitgliederversammlung

3. Aufnahme neuer Landesverbände

4. Aufnahme neuer Gruppen

5. Bericht des Vorstandes

6. Finanzen

6.1. Nachtragshaushalt

6.2. Jahresabschluss für das Jahr 2022

7. Leitantrag

8. Anträge

8.1. Inhaltliche Anträge

8.2. Dringlichkeitsanträge

9. Wahlen

9.1. Bundesvorstand

9.1. Wahl der Besitzer*innen

9.1.1 Beisitzer*innen (2 FINTA*-Plätze)

9.1.2. Beisitzer*innen (2 offene Plätze)

9.2. Datenschutzbeauftragter

9.3. Schiedsgericht

9.3.1. Schiedsgericht (2 FINT*-Plätze)

9.3.2. Schiedsgericht (2 offenen Plätze)

10. Satzungs- & Ordnungsändernde Anträge

10.1. Satzungsändernde Anträge

10.2. Ordnungsändernde Anträge

10.2.1. Finanzordnung

11. Termine

12. Sonstiges

13. Persönliche Erklärung CG Hamburg

Die Tagesordnung wurde vorgestellt. Diese wurde einstimmig mit 12 Stimmen beschlossen.
Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

2.5 Bestätigung Protokoll 46. BMV

Das Protokoll ist den Mitgliedsgruppen per Einladung zugegangen. Es wird darüber abgestimmt, ob es angenommen wird.

Abstimmung: Ja: 9; Nein: 0 Enthaltungen: 3.

Das Protokoll ist somit bestätigt.

2.6 Wahl einer Zählkommission

Es muss eine Zählkommission gewählt werden.

Dafür melden sich folgende Menschen aus den Reihen der Mitgliederversammlung:

Anna Richter,

Marco Leonhardt,

Lina Wiebesiek

Nun wird im Block abgestimmt:

Ja: 12; Nein: 0; Enthaltungen: 0

Die Zählkommission ist somit einstimmig gewählt.

TOP 3 Aufnahme neuer Landesverbände

Es gibt keine Anträge auf Mitgliedschaft neuer Landesverbände.

Marie (Bundessprecherin) berichtet kurz von der ersten Mitgliederversammlung des Landesmitgliederversammlung des Landesverbandes Brandenburg und berichtet, dass Greta (Frankfurt/Oder) die neue Landesvorsitzende ist.

TOP 4 Aufnahme neuer Gruppen

Es gibt zwei Bewerbungen. Es wurde auf den § 5 Abs. 2 der Satzung verwiesen.

Der Verfahrensvorschlag ist, dass zunächst die erste Gruppe vorgestellt wird. Sollte diese angenommen werden, werden sich das Präsidium und der Bundesvorstand für eine weitere Beratung bezüglich des Verfahrens zurückziehen. Und danach wird dann ggf. die weitere Gruppe verabschiedet.

Das weitere Verfahren ist wie folgt. Zunächst die Vorstellung der Gruppe, dann gegebenenfalls Gegenrede und dann Aussprache mit bis zu sechs Redebeiträgen.

Es gibt keine Gegenrede gegen diesen Verfahrensvorschlag.

GA1: CG Hamburg

Vier Menschen der Gruppe CG Hamburg kommen nach vorne (Lene Grewe, Svenja Horn, Caroline Schmuck, Lara Mundt)

Die Gruppe Campusgrün Hamburg stellt sich fünf Minuten lang vor und erläutert, wie es historisch dazu gekommen ist, dass sich diese Gruppe gegründet hat. Es wird inhaltlich auf mehrere Punkte eingegangen, u.a. Politik mit der Grünen Partei, Linke Politik in den Parlamenten, Menschenwürde und Friedenspolitik, allgemeinpolitisches Mandat. Es wird auch noch auf die Geschichte der Universität Hamburg eingegangen.

Es wurde noch auf das Infomaterial hingewiesen.

Es wurde gefragt, ob es eine Gegenrede gibt. Zunächst hat sich Johanna Weidmann und dann Emmi Kraft gemeldet. Emmi hat die Meldung zurückgezogen, um Johanna reden zu lassen.

Johanna Weidmann trägt eine Gegenrede inhaltlicher Natur vor.

Es wird auf den offenen Brief eingegangen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich CG Hamburg letztes Jahr aufgelöst habe. Inhaltlich geht es u.a. um die Verurteilung der Nato. Zudem wird darauf eingegangen, dass von einer betroffenen Person auf FINTA*-Plena zugetragen wurde, dass Menschen aus dieser Gruppe sich in der Vergangenheit trans*feindlich geäußert haben.

Die Rede wurde beendet.

Aussprache je drei Minuten:

1. Redebeitrag:

Emmi Kraft: Emmi geht auf eigene Erfahrungen ein und geht unter anderem auf die 44. Bundesmitgliederversammlung und kritisiert einzelne Personen aus der Gruppe. Emmi glaubt, dass für solche Menschen kein Platz in unserem Verband sei.

2. Redebeitrag:

Justin Orban: Justin ist Teil der anderen Gruppe aus Hamburg und berichtet, dass Lene und Svenja Teil der Unabhängigen Grünen Linke sind, die zu Sahra Wagenknechts Demonstrationen gehen.

3. Redebeitrag:

Svenja Horn: Svenja weist die Kritikpunkte zurück und plädiert für ihre Gruppe.

4. Redebeitrag:

Lene Greve: Lene verweist darauf, dass sie zwar nicht zwangsläufig klagen werden, aber einzelne Aussagen mit Nachdruck zurückweisen und rechtliche Schritte möglich sind. Lene kritisiert einige Aussagen. Sie stellt ihre Sicht der Dinge auf die getroffenen Aussagen dar.

Lene beteuert, dass sie nicht gegen die Ehe für alle sei, sondern generell gegen die Ehe.

5. Redebeitrag:

Emmi Kraft: Emmi geht davon aus, dass Verleumdung vorgeworfen wird. Es kann über Quoten geredet werden, aber nicht die Identitäten abgesprochen werden. Während einer Diskussion bei der vorletzten BMV über Antragsfristen haben Einzelpersonen von CG Hamburg Emmi Faschismus vorgeworfen. Des Weiteren weist Emmi darauf hin, dass

Einzelpersonen von CG Hamburg sich gegen Corona-Maßnahmen an der Uni ausgesprochen haben.

6. Redebeitrag:

Caroline Schmuck: Caroline sei letzten Sommer dazugekommen und berichtet von eigenen Erfahrungen. Sie verweist auf den offenen Brief und, dass es mit Verfasser*innen des Briefs negative Erfahrung seitens der Gruppe gab. Caroline findet, dass Lene und Svenja starke Meinungen haben, aber dass diese Bitte überstanden werden sollen, weil die Meinungen wichtiger sind als Menschen.

Soenke Janssen: Geschäftsordnungsantrag auf geheime Wahl. Diese wird übernommen, siehe Satzung.

Geschäftsordnungsantrag auf Pause von Lene Greve zur Klärung der Vorwürfe.

Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung von Valerie Reichhardt: Grund: keine Antragsberechtigung besteht

Fünf Minuten Unterbrechung zur Beratung des Präsidiums: 18.15 Uhr

Es wird darauf gewartet, dass alle wieder in den Sitzungssaal kommen. Die Sitzung wird um 18.21 Uhr weitergeführt.

Das Präsidium stellt fest, dass alle anwesenden Menschen Antragsberechtigte an der Geschäftsordnung sind.

Daher ist Lene Greve für Geschäftsordnungsanträge antragsberechtigt. Jedoch ist unklar, auf welchen Antrag sich der Geschäftsordnungsantrag bezieht und dies wird geklärt. Es kann entweder eine Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung oder auf Weiterführung der Debatte gestellt werden.

Lene Greve möchte eine Unterbrechung der Bundesmitgliederversammlung durch einen Geschäftsordnungsantrag.

Valerie Reichardt stellt eine Gegenrede auf sofortige Abstimmung.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag:

Ja: 0; Nein: 7; Enthaltung: 4.

Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt und die Wahl wird jetzt geheim stattfinden.

Das Quorum ist somit bei 7 Stimmen für eine Aufnahme in den Bundesverband.

Wahlgang Nummer 1:

Abstimmungsmöglichkeiten auf dem Stimmzettel sind wie folgt:

Ja,

Nein oder

Enthaltung

erklärt das Präsidium.

Alle Stimmen wurden abgegeben, nachdem gefragt wurde, ob dies geschehen ist. Nun zählt die Zählkommission die Stimmen aus.

Die Wahlkommission ist wieder im Saal und das Ergebnis liegt vor.

Das Quorum lag bei 7:

Ja: 0, Nein: 10; Enthaltungen 2.

Die Gruppe ist nicht in den Verband aufgenommen worden.

GA2: GHG Hamburg

Fünf Minuten Einbringung durch Lone Grotheer:

Lene berichtet Hochschulpolitik in Hamburg sei schwierig. Die Gruppe versteht sich unter anderem als ökofeministisch und basisdemokratisch. Lone erzählt von ihren Erfahrungen und den von den anderen Mitgliedern der Gruppe. Des Weiteren wird von der Politik in Hamburg erzählt und von fehlender linken, progressiven Wissenschaftspolitik. Lone freut sich auf die Unterstützung und weitere gute, linke inhaltliche Arbeit in Hamburg.

Helena verweist auf die Aussprache und ermutigt FINTA* Personen zur Meldung.

Gegenrede von Lene Greve:

Lene erläutert, dass es zwar politische Gruppen an der Hochschulpolitik gebe, diese aber eine wirklichen HSGen seien. Lene verweist in Bezug auf das Warm-Up auf die diversen politischen Probleme in Hamburg. Lene betont, dass es eine schlechte Idee ist, zu Beginn der Bundesmitgliederversammlung eine Gruppe nicht anzunehmen, um Linke zu verhindern.

Es wird auf Menschen gewartet, die sich für die Aussprache einbringen wollen.

Aussprache:

1. Redebeitrag:

Lone Grotheer: Lone möchte darauf eingehen, was Lene vorgebracht hat. Lone geht auf die BAföG-Reform ein und darauf, dass die Mitglieder der GHG Hamburg sich weiterhin dafür einsetzen. Lone geht darauf ein, dass sie sich nicht nur für Menschen aus der Ukraine einsetze. Lone beteuert, dass sie nicht nur eine Gegenkandidatur stellen, sondern auch inhaltliche Arbeit leisten wollen, sie jedoch noch nicht so lange existieren.

Geschäftsordnungsantrag von Valerie Reichardt: Schließung der Redeliste.

Gegenrede von Svenja Horn:

Abstimmung: Ja: 6; Nein: 0; Enthaltung: 6

Der Antrag wurde angenommen und die Redeliste ist geschlossen.

Die Wahl wird ausgeführt und hier liegt das Quorum bei 7 Stimmen. Die Wahl ist nicht geheim:

Abstimmung: Ja: 11; Nein: 0; Enthaltung: 1

Die GHG Hamburg wurde somit in den Verband aufgenommen.

Es wurde für eine Pause von 15 Minuten unterbrochen um 18.45 Uhr.

Die Bundesmitgliederversammlung wird um 19.02 Uhr fortgeführt.

Juri übergibt Marie für die Grußworte.

Marie stellt Malte Krüger vor. Dieser ist bildungspolitischer Sprecher im Landtag in Schleswig-Holstein für die Grünen und war auch an der Universität Kiel. Dieser hält nun sein Grußwort.

Marie bedankt sich bei Malte und stellt Zana von Netzwerk n vor.

Helena schließt den Sitzungstag und sagt, wann es morgen früh weitergeht.

Helena bedankt sich bei Zana und gibt nochmal an Marie ab.

Vernetzung

Start in den zweiten Tag

Vorstellung von Tobi und Clara als Präsidium

Maret als Awareness Team

Gäst*innen von CG Hamburg stellen Geschäftsordnungsanträge auf persönliche Erklärung.

Persönliche Erklärung von Lene Greve, angemeldet um 9:15 am 13.5.2023 im Rahmen der 47. Bundesmitgliederversammlung von Campusgrün

Ich zweifle für CampusGrün an der Uni Hamburg die Legitimität der beiden Abstimmungsvorgänge im gestrigen TOP 4 aufgrund der im Zusammenhang damit vorgefallenen persönlichen Angriffe gegen uns an und möchte zu diesen Angriffen Stellung nehmen.

Persönliche Erklärung von CampusGrün Hamburg

1)

Wir haben dem Bundesvorstand von Campusgrün (BuVo) am 3.2. diesen Jahres unsere Wiedergründung als Campusgrün an der Uni Hamburg mitgeteilt und unter Beifügung unserer Satzung sowie unseres Grundsatzprogramms die Aufnahme in den Bundesverband beantragt. Darauf erhielten wir zunächst keine Reaktion und reichten am 27.4. den Antrag auf Aufnahme über das für die Bundesmitgliederversammlung von Campusgrün (BMV) vorgesehene Online-Tool erneut ein. Dort fanden wir gestern, einen Tag vor Beginn der BMV, den am 11.5. und somit nach Ende der Antragsfrist eingereichten Aufnahmeantrag einer

„Grünen Hochschulgruppe Universität Hamburg“. Wir wirken als einzige grüne Hochschulgruppe öffentlich auf dem Hamburger Campus, haben die Gründung von Campusgrün mit einer Einladung zur Mitwirkung an alle bereits in der LAG Hochschulpolitik der Hamburger Grünen bekanntgegeben, sind aktuell in der Terminfindung mit dem Hamburger Landesvorstand zu einem ersten Treffen und haben auf der letzten Landesmitgliederversammlung CampusGrün-Flyer verteilt. Daher waren wir über diesen Antrag, der gestern durch ein Mitglied der LAG Hochschulpolitik eingebracht wurde, überrascht. Weder ein Internet-Auftritt noch ein Programm oder eine Satzung dieser Gruppe sind auffindbar.

Wir baten nach unserer Ankunft den BuVo um eine Klärung des Aufnahmeverfahrens und fragten, ob eine Schlichtung vorgesehen sei. Uns wurde mitgeteilt, dass zunächst über die Aufnahme beider Hochschulgruppen abgestimmt würde und im Anschluss, sofern beide aufgenommen würden, nach einer Beratung des BuVo erneut ein 50%-Quorum über die Aufnahme von zwei Gruppen an einer Hochschule stattfinden müsse. Das tatsächlich in der Versammlung vorgestellte Verfahren wich davon ab: Angekündigt wurde zunächst eine Abstimmung über uns und direkt im Anschluss im Falle der Annahme eine Beratungspause des BuVo.

Nachdem wir zu viert unsere Arbeit und unser inhaltliches Programm – Repolitisierung des Campus, SDG-Universität und Friedensbildung, Studienreform und Geschichtsbewusstsein gegen Rechts – vorgestellt hatten, hielt ein Mitglied des BuVo eine Gegenrede gegen unsere Aufnahme. Dieses BuVo-Mitglied war zugleich eines von zwei Mitgliedern der Awareness-Kommission, die für einen sorgfältigen Umgang im Rahmen der BMV Sorge tragen soll. Diese Konstellation widersprach bereits der Ankündigung im BMV-Reader: „Wir sind uns den herrschaftsförmigen Verhaltensweisen bewusst, dementsprechend soll das Awareness-Team nicht aus Personen aus dem Bundesvorstand und dem Präsidium bestehen. Diese Personen sind auch immer in Machtpositionen und das Awareness-Team kann hier auch einen Gegenpol darstellen.“ In der Gegenrede wurde wahrheitswidrig behauptet, Svenja und ich seien homophob, transfeindlich und in unserer Gegenwart sei um die Sicherheit von trans-Personen zu fürchten.

Zudem wurde ein rein destruktiv gegen CampusGrün Uni Hamburg orientiertes Papier mit weiteren Falschbehauptungen – u.a. wir seien „Stalinistinnen“ – zitiert, das von einer Vielzahl linker Hochschulgruppen, Fachschaftsräten und bundesweit Aktiver unterzeichnet sei. Es liegt uns und der BMV bis heute nicht vor. Der BuVo hat sich vorab weder an uns noch an den Landesvorstand der Hamburger Grünen zur Klärung gewandt. Es wäre uns ein Leichtes gewesen, die Verleumdungen zu entkräften – auch unter Einbezug einer Vielzahl von Fachschaftsräten, Gremien-Aktiven, Aktiven studentisch selbstverwalteter Räume. Bis hin zu den Mitgliedern des Universitätspräsidiums sind wir vielen als streitbare, engagierte, damit sicher unbequeme aber keineswegs gefährliche oder gar gewalttätige Aktive bekannt.

Die Behauptungen aus dem aktuellen BuVo wurden von einem per Zoom zugeschalteten Mitglied des ehemaligen BuVo wiederholt und um die ebenfalls falsche Behauptung ergänzt, ich hätte vor einem Jahr in einer Satzungsdebatte den BuVo als faschistisch bezeichnet.

Damit wurden wir aus einer Machtposition als rechts dargestellt, indem uns der Verstoß gegen Prinzipien des Grundgesetzes und der Menschenwürde unterstellt wurde. Eine objektive, informierte Abstimmung wurde somit ausgerechnet durch den BuVo unmöglich gemacht.

Auch nach diesem Angriff gegen uns unternahm weder der BuVo noch das Präsidium eine Initiative, für eine Zivilisierung der Debatte zu sorgen. Meine Bitte um 15-minütige Unterbrechung der Sitzung zur Klärung eines sinnvollen Umgangs wurde als GO-Antrag zur Abstimmung gestellt. Auch gegen diesen stimmten die stimmberechtigten Mitglieder des BuVo mit einer Mehrheit der 12 Anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, von denen die meisten über diese Aktion genauso überrascht sein mussten wie wir.

Nach der erwartbaren Ablehnung unserer Aufnahme in Folge dieser Denunziationen sowie der Aufnahme der „Grünen Hochschulgruppe Universität Hamburg“ reisten die drei Personen, die diese vorgestellt hatten, sofort ab, während wir weiterhin an dem inhaltlichen Austausch interessiert sind und als Gäste hier bleiben. Zur Beratung eines weiteren Umgehens mit diesen drastischen Ereignissen und in Aussicht der nun für unsere Teilnahme zu erwartenden Kosten werden wir allerdings heute am späteren Nachmittag bereits abreisen.

II)

Das gestrige Vorgehen verletzt die Maßstäbe eines sorgfältigen, menschenwürdigen persönlichen Umgangs, argumentativer Verständigung und damit die Prinzipien des Bundesverbandes zutiefst. Es ist gefährlich, weil es studentische Politik zu einem schmutzigen Geschäft macht und Menschen abschreckt sich weiter zu engagieren. Ein solches Vorgehen hält von der Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit und einem solidarischen Politikstil ab. Dabei unterstellen wir ausdrücklich keinen der hier anwesenden Beteiligten den bösen Willen zur Erniedrigung anderer Menschen, sondern sehen diese Vorkommnisse im Zusammenhang der Zerstörung politischer Debattenkultur durch Konkurrenzdruck in einer neoliberalen Gesellschaft, den zeitweisen Verlust des öffentlichen Raums im Zuge der Eindämmung sowie der aktuell angespannten Lage in einer materiell wie kulturell militarisierten Gesellschaft. Alle stehen in der Verantwortung, im Wissen um diesen Zusammenhang bewusst eine Alternative zu bilden.

In der aktuellen tiefen gesellschaftlichen Krise verstehen wir es auch als Aufgabe des Bundesverbands, im kultivierten, argumentativen Streit um unsere pazifistischen Grundpositionen zu ringen. Wir vertreten in unserer Hochschulgruppe die Auffassung, dass nationale Abschottung durch Aufrüstung und Militarisierung der internationalen Beziehungen keinen Frieden schaffen und wir gerade als Grüne gefragt sind, für den Abbau von Feindbildern und den Ausbau diplomatischer Verständigung und internationaler Wissenschaftskooperation zu wirken. Wir vertreten die grünen Grundwerte in Orientierung an Persönlichkeiten wie Antje Vollmer, Hans-Christian Ströbele, Heinrich Böll und Petra Kelly. Mit dieser grün-pazifistischen Position stehen wir bekanntermaßen im Gegensatz zur offiziellen aktuellen Parteilinie. Unsere selbstbewusste Bündnisarbeit mit linken Gruppen ist nicht allen genehm.

Die Unterzeichner:innen des auf der BMV als Argument gegen unsere Aufnahme angeführten Denunziationspapiers bekämpfen diese Politik an der Universität Hamburg und entsprechen unserem Eindruck nach demselben Personenkreis, der seit Jahren antikommunistische Propaganda gegen unsere Bündnispartner im Bündnis für Aufklärung und Emanzipation aus sozialistisch-sozialdemokratischen Hochschulgruppen zu verbreiten. Diese stets wiederholten Denunziationen werden ausgehend von einer Website ohne Impressum verbreitet: Die Unterschreitung rechtsstaatlicher Maßstäbe scheint den Urhebern

durchaus bewusst zu sein. Wir wissen bisher nicht, wer hinter den Denunziationen gegen uns persönlich steht. Aus unserer Sicht ist es nicht stimmig, dass diese durch den BuVo als linke Gruppen bezeichnet wurden: Der WiWi-FSR ist uns bisher nur als WiWi-Liste aus dem Studierendenparlament bekannt, wo eines seiner Mitglieder derzeit mit dem RCDS das StuPa-Präsidium stellt und die erforderliche studentische Interessenvertretung durch die Nicht-Einberufung von StuPa-Sitzungen verhindert. Wir haben jüngst gemeinsam mit den Kommiliton:innen linker Hochschulgruppen durch einen Gerichtsantrag bewirkt, dass zum Monatsende die konstituierende Sitzung der diesjährige Legislatur über einen Monat zu spät endlich stattfindet. Der FSR Geschichte existiert überhaupt nicht mehr in legitimer Form, nachdem vor etwa einem halben Jahr die damals bereits überfällige Wahl durch die Entwendung der Wahlurne mitten im Wahlgang durch ein Mitglied unterbunden wurde. Die Hamburger Jusos sind eine plurale Gruppe zwischen Regierungsjugend und sozial orientierten Aktiven. Die Juso-Hochschulgruppe ist in bezahlter Funktion Teil der aktuellen AStA-Koalition und behindert die Sozialpolitik - u.a. die Organisation von Vollversammlungen zur sozialen Lage und das Wirken gegen Preissteigerungen im Studierendenwerk - die wir gemeinsam mit linken Gruppen, Fachschaftsräten und internationalen Bündnispartner:innen unternehmen.

Die Verbreitung von Hörensagen und die Mobilisierung antilinker gesellschaftlicher Vorurteilsstrukturen, die hier uns in einer unerwarteten Brutalität trifft, geht zu Lasten aller. Sowohl als unser Anspruch als auch im Interesse des Verbandes sind eine öffentliche Klarstellung sowie eine Entschuldigung im Rahmen der gestern Anwesenden und eine verbandsinterne Aufarbeitung erforderlich. Der Bundesverband wird in der aktuellen Krise dringend gebraucht, um durch den politischen Austausch und die Weiterentwicklung der aktiven Grün-Alternativen Hochschulgruppen zu einer solidarischen Wende beizutragen. Der BuVo muss sich in die Lage versetzen, die Arbeitsfähigkeit des Bundesverbandes herzustellen. Wenn wir, wie es heute im Antrag zur psychischen Lage auf der Tagesordnung steht, für Lebensfreude gegen Vereinzelung und Leistungsdruck wirken wollen, müssen wir dafür eine entsprechende Kultur im Bundesverband schaffen. Daran werden wir weiter mitarbeiten.

Präsidium schlägt vor, es der Tagesordnung als Punkt beizufügen und über Änderung der Tagesordnung abzustimmen. Mit einfacher Mehrheit abstimmen.

Abstimmung: Ja: 0; Nein: 3; Enthaltungen: 9

TOP 5 Bericht Vorstand

Marie und Jonas berichten für den Bundesvorstand

Die Vorstandsmitglieder sind seit der 46. Bundesmitgliederversammlung in Berlin im Amt.

Auf der letzten Bundesmitgliederversammlung wurden Marie und Jonas als Sprecher*innen gewählt, Patricia als politische Geschäftsführerin, Soenke als Schatzmeister und Johanna als Beisitzerin.

Im Dezember fand die erste Klausurtagung des Bundesvorstandes statt, sowie die Einarbeitung und Übergabe des alten Bundesvorstandes. Darauf folgten im Januar der Geburtstag der LHG sowie der Neujahrsempfang von B'90/Die Grünen in Hamburg. Ebenfalls wurde das erste Seminar zum Thema Trans* sein an der Uni in Würzburg durchgeführt. Im Februar hatte der Bundesvorstand eine weitere Klausurtagung zur Bildungsarbeit des Verbandes. In diesem Zuge gab es auch diverse Treffen mit Politiker*innen und die Vernetzung mit der Grünen Jugend. Ebenso wurden das Bildungsteam sowie das Social-Media-Team ausgeschrieben und besetzt. Im März waren die Mitgliederversammlung des fzs sowie Gespräche mit der Vorsitzenden der Grünen. Des Weiteren fanden viele Gespräche mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten statt. Ebenso fand ein Gespräch bezüglich der Finanzen des Verbandes mit dem Schatzmeister der Grünen statt. Es gab einen offenen Brief an die Bundesregierung bezüglich des BAföG sowie einen offenen Brief an die Verkehrsminister*innenkonferenz. Darüber hinaus fand der Europakongress der BAGen statt und die Vernetzung mit den österreichischen Grünen Hochschulgruppen. Im April hat sich der Vorstand mit dem Strukturprozess von Campusgrün beschäftigt sowie die Planung der Summer School. Ein wichtiger Schritt war die Eintragung von Campusgrün als Marke. Vorstandsmitglieder haben an dem DSW-Studirat teilgenommen und der Landesverband Brandenburg hat sich gegründet. Im Mai gab es ein Gespräch mit der FAZ zum Start des 49€ Tickets, ebenso haben wir den Wahlkampf der österreichischen Grünen Hochschulgruppen in Wien unterstützt. Teile des Bundesvorstands waren bei der Geburtstagsfeier der Grünen in Leipzig.

Fragen zu dem Vorstandsbericht:

Rückfrage von Svenja: (CG HH) Frage zu dem Diskurs, dass Studis privilegiert seien, sie es jedoch nicht sind.

Marie: Ist ein Thema in jedem Gespräch, aber wenig Bereitschaft, etwas zu ändern.

Rückfrage von Lene (CG HH): Was genau sind die Knackpunkte, wenn die schlechte Lage nicht geleugnet wird, aber trotzdem keine Gelder da sind?

Jonas: Grenzziehung der Politiker*innen ist fragwürdig, wir können mehr Druck machen, aber es gestaltet sich schwierig, weil wir kein Teil der Partei sind.

Marie: LHG hat beispielsweise mehr Einfluss, aber BuVo möchte sich denen nicht so arg annähern.

Rückfrage von Caroline (CG HH): Der Post zu 200€ Zahlung zu unkritisch.

Marie: War mit Grünen Jugend zusammen und zielt darauf ab, darauf aufmerksam zu machen, dass sich Studis die noch abholen können, aber dass 200€ natürlich nicht unser Ziel sind.

Kritik wurde im Vorhinein geäußert, aber es wird sich mehr kritische Einordnung gewünscht.

Rückfrage von Valerie: Wie ist der Austausch mit BAG?

Jonas: Es gibt einen guten Austausch und es ist ein Hebel, um unsere Themen stark zu machen.

Rückfrage von Lene: Annähern an FDP ist ein Fehler, BAföG widerspricht Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot. Massen müssen auf die Straße für Sozialproteste.

Zustimmung von Jonas und Marie

15 min Sitzungsunterbrechung auf Wunsch des Bundesvorstandes

Fortsetzung der Bundesmitgliederversammlung

Geschäftsordnungsantrag auf FINTA* Plenum

FINTA* Personen stimmen darüber ab, ob FINTA* Plenum stattfindet. Ein FINTA*-Plenum findet statt.

TOP 6 Finanzen / Nachtragshaushalt

Soenke bedankt sich für die Geduld. Es wird zuerst über die Rückfahrtssituation gesprochen. Es gibt ein Pad, auf dem wir nachschauen, wann die Personen die Züge nehmen müssen.

Soenke bringt den Nachtragshaushalt ein.

Soenke sagt, dass wir über den Nachtragshaushalt und den Jahresabschluss reden müssen, da diese sehr wichtig sind. Der Hintergrund des Nachtragshaushalts ist, die tatsächliche finanzielle Lage an den Haushaltsplan anzupassen. Soenke zeigt zunächst die Einnahmenseite, da wir von den Grünen noch Geld bekommen haben.

Grundsätzlich sind einige Töpfe gleich geblieben, während andere sich verändert haben. Auch die finanziellen Veränderungen repräsentieren die Aufgaben, die sich der

Bundesvorstand gesetzt hat, zu denen beispielsweise Vernetzungstreffen und dementsprechend mehr Geld für Fahrtkosten zählen. Des Weiteren wurden einige Töpfe umverteilt, die unter anderem an dem Ausfall der OGF liegen. Die Sonderaufwandsentschädigung ist ebenfalls ein anderer Topf, Soenke hat sehr viel Buchführung gemacht, den anderen ging das auch so. Die BMBF Sachen und die Mitgliederversammlungen wurden komplett autonom gestaltet. Dafür möchten wir alle die Aufwandsentschädigung von 500€ p.P. wahrnehmen. Wir haben zwei Vereinsregistereintragungen, dafür brauchen wir 120€ statt 60€.

Lene: Lene findet die Sonderaufwandsentschädigung in Ordnung, aber hinterfragt kritisch, ob man sich dadurch nicht durch die Grünen einkaufen lässt und die aktivistische Aufgabe verlieren.

Soenke Janssen: Ich sehe deinen Punkt nicht, dass man uns damit geschmeidig machen möchte, Marc ist nicht so verständnisvoll und hat uns das Geld auch nur zähneknirschend gegeben, Teilnahmebeiträge sind sehr wichtig, da die Finanzierung der BMVen leider immer noch wackelig ist. Wenn ihr nicht bei der BMV wärt, müsstet ihr euch ja zuhause selber verpflegen, da wärt ihr auch circa auf diese Summe gekommen. Außerdem bekommt ihr ja auch was für das Geld. Einige Gruppen haben auch Soli-Beiträge bezahlt, wenn eure Gruppe das nicht zahlen kann, könnt ihr euch immer vertrauensvoll an mich wenden.

Lene: Lene betont, dass es nicht um einzelne Zahlungen oder einzelne Beträge geht, sondern, dass es grundsätzlich um die Mobilisierung von Personen und die Verwendung von Geldern geht:

Ich würde jetzt nochmal in geordneter Weise feststellen, dass die 20 Euro nicht zu teuer sind, sondern dass wir ein Problem haben, Leute aus Basisgruppen zu mobilisieren, was ich an dem Geld festmache?

Soenke: Soenke versteht jetzt Lenes Punkt und sagt, dass er sich an dem letzten Haushalt orientiert hat:

Okay, dann verstehe ich, was du meinst, vielleicht sind 600 Euro zu knapp bemessen. Ich habe mich da am letzten Haushalt orientiert.

Marco: Ich habe mein Kärtchen verloren, sorry. Keine Frage, ein Beitrag. Ich glaube, es ist sinnvoll, konservativ zu schätzen, ich finde das sinnvoller als zu überplanen.

Soenke: Ich halte das schon für berechtigte Kritik, ich werde das beim nächsten Haushalt für 2024 berücksichtigen.

Abstimmung: Ja: 12; Nein: 0; Ent.: 2

Soenke: Vielen Dank. Ich bleib auch gleich vorne stehen. Wir müssen nämlich noch den Jahresabschluss machen. Ich habe zwei Sachen vorbereitet, eine Gewinn- und Verlustrechnung, auch wenn wir nicht gewinnorientiert sind. Und ich habe eine Bilanz. Das ist auch gleich verglichen mit dem, was im Haushaltsplan steht.

Das geht sehr ins Detail. Vor allem wichtig sind die Allgemeine Personal- und Betriebskosten.

Dadurch dass Özlem ausgefallen ist, haben wir sehr viel Geld gespart. Von der Ehrenamtszuschale ist einiges übrig geblieben, da hat eine Person darauf verzichtet. Zur BuVo Arbeit bei Fahrtkosten etc. sind wir leicht drüber gekommen, deswegen wurde der Nachtragshaushalt nachgebessert. Teilnahmegebühren haben wir nicht so viel bezahlt, Klausurtagung sind wir leicht drüber gegangen. Alle Klausurtagungen sind wir nicht in ein Hostel etc. gegangen. Bei Mitgliederversammlungen wurden manche Dinge auch erst jetzt bezahlt, deswegen sind wir da jetzt leicht im Überschuss. Seminare und Bildungsarbeit haben wir weniger Geld ausgegeben, teilweise sind manche Seminare auch ausgefallen. Normalerweise geben wir einen Monat lang Geld aus, dann schreiben wir den Grünen. Weil Özlem ausgefallen ist, haben wir alles im Mai auf einen Schlag bekommen, deswegen sieht das gerade so komisch aus.

Soenke zeigt auch kurz die Bilanz

Auf aktiver Seite das Bankkonto, da waren am 31.12.22 fast 27.000 Euro, da war der Vorschuss noch dabei, den dürfen wir nicht komplett behalten, sondern müssen denen noch was zurückgeben, wir haben denen circa 9.000 Euro geschuldet. Paypal 600 Euro, anderes Konto 5000 Euro.

Paul: Was machen wir mit den Überschüssen?

Soenke: Wir dürfen keine Rücklagen bilden, das fließt in den Grünen Bundeshaushalt zurück, wenn man an den Verband spendet, dann geht das aber nicht zu den Grünen.

Lene: Die Mittel sind nicht so besonders dicke bemessen. Früher hat man auch auf Isomatten geschlafen, das war okay. Wie können wir Geld so planen, dass mehr Leute kommen. Man braucht irgendeine Kampagne für die Beförderung von Hochschulgruppen.

Soenke: Dass hier nicht so viele sind, liegt auch an dem Bahnstreik und an der Tatsache, dass Kiel relativ weit weg liegt. Die Tendenz geht dahin, dass sich mehr Hochschulgruppen gründen und nicht, dass sich welche auflösen. Wir möchten mehr Arbeit an der Basis leisten, wenn gewünscht. Es gibt die Perspektive für den Verband, entsprechend mit den richtigen Finanzen ausgestattet.

Abstimmung: Ja: 14; Nein: 0; Enth. : 0

TOP 7 Leitantrag Like the sea we rise – Klimakrise bekämpfen

Johanna bringt den Leitantrag ein.

Ja, like the sea we rise. Mit unserem Leitantrag dieses mal haben wir uns auf das Kernthema der grünen Politik bezogen, Klimakrise und Nachhaltigkeit, die Dringlichkeit dieses Antrags ist allen hier bewusst und muss gar nicht weiter beleuchtet werden, sonst wärt ihr wahrscheinlich nicht hier und würdet euch bei Campusgrün engagieren. Die Klimakrise ist allgegenwärtig, wir spüren die Auswirkungen täglich, das muss sich aber auch an den Hochschulen zeigen. ... Wir brauchen Unis, die mit den Klimazielen vereinbar sind und wir brauchen eine Verankerung in den Hochschulgesetzen, ohne soziale Gesetze erreichen wir keine nachhaltige Veränderung, TV-Stud usw. zählen zu einer sozialen Nachhaltigkeit. Soziale Ungerechtigkeit fördert klimaschädliches Verhalten. Jetzt oder nie. Jetzt für Klimagerechtigkeit eintreten. Die 17 SDGs sollen verankert werden.

Svenja: Berichtet von der Uni Hamburg, welche SDG Uni ist. Sie stellt die Frage, was genau gemacht werden soll und wo angesetzt werden soll.

Ich finde, ich kann von der Uni Hamburg berichten, wir sind SDG Uni, die Frage ist ja, wir sind nicht so weit wie wir sein sollten, was sollten wir machen, woran hakt es. Bezieht sich auf Zeile 34, eine Person in Hamburg hat gesagt, sie machen alles, was wenig Auswirkungen hat, weil das günstig ist. Alle teuren Dinge werden nicht gemacht, der Kanzler sagt das nicht. Die Gebäude gehören Privaten. Die Frage: Legen wir uns mit denen an, die den Klimawandel haben wollen, solche Akteure wie Vattenfall. Frage an alle: Was sind eure Perspektiven

darauf, wo müssen wir eigentlich mal ran. (Das Pentagon stößt so viel CO₂ aus wie Marokko), wir müssen mehr verändern.

Johanna: Die Bauthematik ist wichtig, das teilen viele Unis. Das Individuelle reicht nicht mehr aus, das sind nicht die Handlungen, die uns dazu bringen werden, die Klimakrise zu bekämpfen. Eine vegane Mensa bringt trotzdem, dass sich mehr Menschen vegan ernähren als nur Einzelpersonen, sondern die Studierendenschaft.

Valerie: Valerie berichtet von der Situation aus Brandenburg an den Hochschulen. Sie geht ebenfalls auf die soziale Komponente der Nachhaltigkeit ein.

Caroline: Betont, dass sie die Maßnahmen gut findet, aber betont auch, dass diese Maßnahmen bereits vor langer Zeit getroffen werden müssen. Als Beispiel nennt sie die EDV.

Johanna: Ich sehe deine Punkte, aber wir haben einen Rundumschlag gemacht und wollten das machen, was in unserem Handlungsrahmen steht. Für einen Leitantrag greift das schon viele Aspekte auf.

Lene: Lene betont, dass vegane Mensen nicht strukturell den Klimawandel angehen. Lene kritisiert den Kapitalismus, erklärt, dass es viele neoliberale Universitäten gibt, erklärt aber auch, dass die Uni Hamburg links ist. Sie betont das Zusammenspiel von Aktivismus und Wissenschaft.

Valerie: Valerie plädiert für vegane Mensen und geht auf die strukturelle Natur des Antrags ein, da durch vegane Mensen 36% CO₂ eingespart werden. Man kann bei den Unis anfangen und auch systemische Dinge in den Leitantrag schreiben.

Lene: Die 36% sind absolute Zahlen, es geht um Dimensionen. Warum ist das bisher nicht passiert, dafür dass so alles auf der Hand liege.

Anna: Wir sind weder die Grünen, noch sind wir Robert Habeck. Deswegen sollten wir den Fokus mehr auf den Antrag richten, da ist die Frage, wo fangen wir an. Wir brauchen konkrete Ansätze. Wir sind ein Hochschulverband, deswegen fangen wir an Unis an. Was ist bundesweit möglich, im globalen Vergleich mag das gering sein, aber wir brauchen einen Anfangspunkt, da, wo wir etwas verändern können. Es bringt nichts, wenn wir die Grünen kritisieren. Ich unterstütze den Antrag, weil er die Hochschule in den Fokus setzt.

Paul: Das eine schließt das andere nicht aus. Ich schließe mich Anna an.

Caroline: Man kann mit Sprache sehr viel erreichen.

Svenja: Es gibt ja die SDG 2030 und die Menschen, die das aufgeschrieben haben, sind sehr ambitioniert, sie haben die Perspektive, das ist schaffbar. Man kann sich eher daran orientieren, warum sind wir so zurückhaltend. Ich komme nochmal zu Habeck zurück, wie kommen wir mit der Energiekrise klar? Wir sollen Verichtsmaßnahmen durchführen. Das ist eine etablierte Antwort auf Krisen. Die Ansprüche liegen deutlich zu weit ?

Valerie: Wir müssen uns einfach fragen, was ist ein Leitantrag? Ein kurzer Text, der die Leitlinien für die anderen Anträge vorgeben kann und soll. Utopische Gedanken sind gut, aber das gehört nicht in den Leitantrag.

Geschäftsordnungsantrag auf sofortiges Ende der Debatte von Soenke

Gegenrede von Lene

Abstimmung, ob die Redeliste geschlossen werden soll.

Abstimmung: Ja: 13; Nein: 1; Enth. 0;

Geschäftsordnungsantrag ist angenommen.

Abstimmung des Leitantrags: Ja: 14; Nein: 0; Enth. 0

Darauf folgt ein Grußwort der Grünen Jugend.

Vortrag

Der Vortrag entfällt.

Workshop

Zum Thema SDG, Plakate mit Ideen und Visionen wurden in Gruppenarbeit erstellt.

15.30 Uhr - 17.30 Uhr

Fortsetzung der Bundesmitgliederversammlung um 17.30 Uhr

TOP 8 Anträge

Für die Redebeiträge in der Debatte über alle Anträge wird vorab eine Redezeitbegrenzung von zwei Minuten vom Präsidium eingesetzt.

8.1 Inhaltliche Anträge

A1 Mentale Gesundheit

Jonas Michalczyk stellt den Antrag A1 „Studieren leicht gemacht – mental gesund lernen und leben“ vor.

Mentale Belastungen des Unialltags in der Corona-Pandemie blieben über die Hochphase der Pandemie hinaus bestehen. Das Studiensystem ist allgemein geprägt von Leistungsdruck und psychischen Druck, das Beratungs- und Unterstützungsangebot ist stark ausbaufähig.

Gefordert wird eine bundesweite Studie zu mentalen Belastungen von Studierenden, mehr Psycholog*innen und eine regelmäßige Evaluation von Studiengängen im Hinblick auf Studierbarkeit.

ÄA1 von Janina Gold (GHG Aachen) wird vom BuVo übernommen.

In der Debatte wird nochmal von vergleichbaren Erfahrungen an deutschen Hochschulen und von positiven Beispielen aus dem Ausland berichtet. Mentale Gesundheit soll einen zentralen Bestandteil im Studium einnehmen. Die Problematik ist auch ein gesamtgesellschaftliches Thema.

Abstimmung (Ja 13/Nein 0/Enthaltung 0)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

A2 Drittelparität

Johanna stellt den Antrag A2 „Alle (1/3) Macht den Studis – Drittelparität in allen Gremien“ vor.

Der Anteil der Studierenden liegt an deutschen Hochschulen bei über 70%. In den Gremien an Hochschulen spiegelt sich dieses Verhältnis jedoch nicht. Entscheidungen werden überwiegend von alten, weißen Professoren (nicht gegendert) getroffen.

Abstimmungen (Ja 13/Nein 0/ Enthaltung 0)

Antrag einstimmig angenommen

A3 Semesterticket

Janina Gold stellt den Antrag A3 „Weichen auf Zukunft stellen – Nachhaltige Mobilität für Studierende, Auszubildende und Schüler*innen“ (Namen und Inhalt geändert zu eigenem ÄA2) vor.

Gefordert wird ein solidarisches Bildungsticket ab Herbst 2023 als erste Maßnahme, weiter kostenfreier ÖPNV für alle und eine echte Mobilitätswende.

In der Debatte wird überlegt, ob über den Antrag hinaus bundesweite Aktionen geplant werden könnten. Zudem wird auf die Problematik eingegangen, dass die Studierendenvertretungen zwar auf Ebene der Bundesländer relativ gut vernetzt sind und Semestertickets auf Landesebene waren bisher erfolgreich, auf Bundesebene ist eine solche Vernetzung mit starker Stimme bislang nicht gegeben. Angesprochen wird auch die Gefahr für den Fortbestand von Landessemestertickets durch das neue Deutschlandticket für 49€, während Anschlusslösungen für Studierende auf Bundesebene noch sehr unkonkret sind.

Abstimmung (Ja 12/ Nein 0/ Enthaltung 0)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unterbrechung der BMV von 18:00 Uhr bis 18:49 Uhr

8.2. Dringlichkeits-Anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

TOP 9 Wahlen

9.1 Vorstand

9.1.1 Wahl der Beisitzer*innen

9.1.1.1 Beisitzer*innen (2 FINTA* Plätze)

Es gibt keine Bewerbungen.

9.1.1.2 Beisitzer*innen (2 offene Plätze)

Paul Bonte bewirbt sich und stellt sich und seine Motivation dem Plenum vor.

Seine Schwerpunkte möchte er in Bildungsarbeit, Stärkung der Mitgliedsgruppen und Landesverbände sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit setzen.

Die Zählkommission führt die geheime Wahl durch.

Wahlergebnis Wahlgang „2“ (Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 0)

Paul ist in den Bundesvorstand gewählt.

9.2 Datenschutz-beauftragte Person

Die Position ist bereits längere Zeit unbesetzt, derzeit übernimmt der Bundesvorstand diese Aufgabe. Marco Leonhardt (GHG Aachen) bewirbt sich um das Amt.

Die Zählkommission führt die geheime Wahl durch.

Wahlergebnis Wahlgang „3“ (Ja 9 / Nein 0 / Enthaltung 4)

Marco ist zum Datenschutzbeauftragten gewählt.

9.3 Wahl Schiedsgericht

Das Präsidium erläutert die Aufgaben des Schiedsgerichts.

9.3.1 Schiedsgericht (2 FINTA* Plätze)

Es liegen schriftliche Bewerbungen von Tanja Werner und Pia Troßbach vor.

Beide sind leider nicht da. Tanja wird von Maret, Piavon Jonas vorgestellt. Es gibt keine Rückfragen

Das Präsidium schlägt eine Einzelwahl im gemeinsamen Wahlgang vor. Die Zählkommission führt die geheime Wahl durch.

Wahlergebnis Wahlgang „4“

Tanja Werner (Ja 10 / Nein 0 / Enthaltung 2)

Pia Troßbach (Ja 9 / Nein 0 / Enthaltung 3)

1 Stimme ist ungültig

Tanja und Pia sind in das Schiedsgericht gewählt.

9.3.2 Schiedsgericht (2 offene Plätze)

Es liegt eine schriftliche Bewerbung von Emmi Kraft vor. Johanna stellt Emmi vor.

Die Zählkommission führt die geheime Wahl durch.

Wahlergebnis Wahlgang „5“ (Ja 12/ Nein 0 / Enthaltung 1)

Emmi ist in das Schiedsgericht gewählt

Das Schiedsgericht ist somit vollständig besetzt.

Die Sitzung wird am 13.5.2023 um 19.33 Uhr bis zum nächsten Morgen unterbrochen.

Die BMV wird am 14.5.2023 um 10.00 Uhr fortgesetzt

TOP 10 Satzungs-und Ordnungs-ändernde Anträge

10.1 Satzungsändernde Anträge

SÄ1 Beisitz Verantwortung

SÄ2 Mitgliedsgruppen

SÄ3 feministische Hochschule

10.2 Ordnungsändernde Anträge

/

Strukturprozess campusgrün

TOP 11 Termine

TOP 12 Sonstiges

Die Bundesmitgliederversammlung wird am Sonntag beendet.